Halle und Umgebung.

Halle den 15. April 1921.

7. Vollsitzung des Provinziallandtages.

Fortsetzung der Aussprache über den Aufruhr im mitteldeutschen Gebiet. — Die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte abgelehnt.

Die Debatte, von deren Beginn wir schon in der gestrigen Abendausgabe berichtet haben, erreichte bis ½3 Uhr nachmittags noch nicht ihr Ende, so daß sie auf ½5 Uhr nachmittags vertagt werden mußte. Oberpräsident Hörsing selbst griff zweimal in die Debatte ein, um sich nachdrücklich mit der äußersten Linken, ebenso wie mit der äußersten Rechten auseinanderzusetzen und — beim zweiten Mal — um für den unabhängigen Landrat Kasparek aus Sangerhausen eine Lanze zu brechen. Seine Reden waren im wesentlichen eine energische Abwehr der überaus scharfen Angriffe, mit denen die Redner der Bürgerlichen Vereinigung gerade seine Person bedacht hatten.

Zunächst ergriff als erster Debatteredner der Kommunist Gruson das Wort zu einer Angriffsrede, die sich hauptsächlich gegen die USP. und die Mehrheitssozialisten wandte. Zwei der größten Verbrechen, zwei Eisenbahnattentate, so erklärte er unter anderem, die begangen worden sind, sind nicht auf das Konto der kommunistischen Partei zu setzen. (Gelächter und Zwischenrufe im ganzen Hause.) Der Redner wendet sich gegen den Mehrheitssozialisten Winzer, der sich mit an den Zwischenrufen beteiligt hat: Ihnen, Genosse Winzer, nehme ich schon langst nicht mehr ernst.

Darauf Winzer: „Maxe, rede doch nicht so gehässig!"

Abg. Landrat Müller-Quedlinburg (Mehrheitssozialist) erklärt im Auftrag seiner Partei: Die Unruhen in Mitteldeutschland sind eine unmittelbare Folge der von der kommunistischen Partei betriebenen Hetzen. (Unruhe links.) Die kommunistische Partei hat sich zur Mitschuldigen von Verbrechen gemacht.

Für das ganze Elend, das der Aufruhr über unsere Provinz gebracht hat, trägt die kommunistische Partei die Verantwortung. (Stürmisch links.) Wir halten es für unsere Pflicht, alle Maßnahmen der Behörden zu unterstützen die zur Sühnung der Verbrechen beitragen sollen. (Die Unruhe links steigert sich so weit daß der Präsident wiederholt um Ruhe bitten muß.) Wir stimmen deshalb gegen die Anträge. (Beifall im ganzen Hause außer bei der Linken.)

Abg Dr. Zehle von der Bürgerlichen Vereinigung wird gleich mit Lärm begrüßt, so daß sich Präsident Beims zu der Bemerkung veranlaßt sieht: Was soll denn das heißen?"

Abg. Zehle: Wenn die Vorredner sich als die alleinigen Vertreter der Arbeiterschaft bezeichnen, so möchte ich es hier aussprechen, daß wir uns ebenso als solche fühlen. (Widerspruch links, auch bei den Mehrheitssozialisten.) Im Verlaufe seiner Rede kommt der Redner auf die Ereignisse des letzten Putsches zu sprechen und richtet heftige Angriffe gegen den Oberpräsidenten, der durch das Nichteinsetzen der Reichswehr eine nicht wieder gut zu machende Schuld auf sich geladen habe. Gleichzeitig wendet er sich gegen den unabhängigen Landrat Kasparek von Sangerhausen, der „zusammen mit seinen Freunden von der kommunistischen Partei eine Radikalkur" habe ausführen wollen. Bei dieser Gelegenheit erwähnt er den von uns kürzlich zitierten, aber schon widerrufenen Ausspruch Kasparets in einer Wählerversammlung, in der er sich als Prophet des Osterputsches gezeigt haben soll. Als der Abg. Zehle auf die Greueltaten der Rotgardisten zu sprechen kommt, erlaubt sich die Kommunistin Minna Reichert die mit Heiterkeit aufgenommenen Zwischenrufe: „Spitzelarbeit! Mache!"

Abg. Zehle: Wir verlangen Bereitstellung von Staatsmitteln zum Wiederaufbau dessen, was ruchlose Hände zerstört haben. Ferner gedenten wir mit Hochachtung der 38 gefallenen Schupo-Mannschaften. (Bravo!) Es heißt, die Wahrheit verkennen, wenn hier von einem provokatorischen Vorgehen der Schupo-Mannschaften geredet wird. Ebenso wie Herr Abg. Hennig bedanken wir uns für die Gewittertheorie des Herrn Severing; nur schnellstes Durchgreifen kann die Autorität des Staates wahren. (Sehr richtig! auf der Rechten, Widerspruch bei den Mehrheitsoz.) Wenn man immer wieder vergleichend auf den Kapp-Putsch zu sprechen kommt, so ist das eine völlige Verkennung der Tatsachen. Die Leute des Kapp-Putsches waren Idealisten, die Links-Putschisten sind Verbrecher. (Lärm auf der Linken.) Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, uns in die Angelegenheiten der Staatsregierung, bezüglich Einrichtung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte, zu mischen — ebenso wenig wie in die Verhaftung des Abg. Franzke. Wir glauben an den Sieg der guten Sache über die bolschewistischen Irrlehren. (Beifall auf der Rechten.)

Abg. Dr. von Krause (Deutsch-Dem.): **Wer wie ich den „Klassenkampf"** täglich gelesen hat, der mußte sehen, daß es zu einer Explosion kommen mußte. Wir Demokraten sehen in dem Ausnahmezustand und den Sondergerichten Staatsnotwendigkeiten und lehnen ebenfalls die Haftentlassung des Abg. Franzke ab.

Abg. Toninski (Komm.) ergreift darauf als zweiter Redner der Kommunisten das Wort. Im Haus herrscht während der Rede eine gähnende Leere. Im Verlaufe seiner Ausführung wendet er sich nochmals gegen den am vorhergegangenen Tage beschlossenen Protest gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente und erteilt zum Schluß noch einige der bekannten kommunistischen Hiebe den Oberpräsidenten, der gerade den Saal betritt.

Präsident Beims: Abg. Dr. Zehle hat vorhin kritisiert, daß der Herr Oberpräsident während der Debatte nicht im Saale anwesend wäre. Ich habe mich davon überzeugt, daß er verhindert war, da eine Deputation von Arbeitern des Leunawerkes mit ihm verhandelte. Ich erteile dem Herrn Oberpräsidenten das Wort:

Oberpräsident Hörsing: Ich konnte nicht annehmen, daß meine Person in den Mittelpunkt der Debatte rücken würde, sonst hätte ich mir die Rede des Abg. Dr. Zehle nicht entgehen lassen. Dr. Zehle hat mich in einer Weise angegriffen, die sonst in Parlamenten nicht üblich ist. Ich gebe offen zu, daß ich in dieser ganzen Frage das Wort nicht ergreifen wollte, weil — wenn ich einmal rede — ich mehr lagen muß als den Herren von rechts und links lieb sein mag. Ich bedaure, die Ausführungen Dr. Zehle nicht mit angehört zu haben. Nach dem Kapp-Putsch war man nicht klar, daß sich noch Unmengen von Waffen im Volke befanden, im gleichen Maße auf der Linken wie auf der Rechten. (Lärm rechts; es wird dem Oberpräsidenten unmöglich weiter zu reden. Die Glocke des Präsidenten ertönt.) Meine Herren, lassen Sie mich doch wenigstens ausreden! Damals ist es mir gelungen, nach der Rechten wie nach der Linken Erfolge zu erzielen — und ich kann es hier offen sagen, daß ich bei den Herren der Rechten mehr Waffen gefunden habe als bei denen der Linken. (Hört! Hört!) Die Entdeckung der Magdeburger Spitzelzentrale hat überhaupt erst die Rechtsparteien so erbittert auf mich gemacht, daß ich nunmehr als ein Ausbund der Menschheit hingestellt werde. Ich habe damals um Verlängerung des Ausnahmezustandes gebeten, um nach Waffen suchen und die illegalen Organisationen aufheben zu können. Aber wenige Tage nach meinem Gesuch ist der Ausnahmezustand aufgehoben worden, ohne daß ich etwas davon wußte. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich damals gerühmt, daß sie diese Maßnahme durchgesetzt hätten. Herr Zehle muß ganz genau wissen, daß ich von dem Augenblick an nichts mehr zu sagen hatte. Dann darf man mir aber auch nicht die Schuld dafür a[illegible] daß noch so viel Waffen in der Bevölkerung vorhanden gewesen wären. Im Laufe des Jahres haben sich die Dinge in der Provinz in einer Weise entwickelt, die nicht mehr schön war. Es ist

ein Verbrechen sondergleichen, das die Kommunisten begangen haben!

(Sehr richtig!) Nach dem Kapp-Putsch habe ich ein Rundschreiben an die Behörden der Provinz mit der Aufforderung zur Waffenangabe ergehen lassen. Daraufhin denunzierte mich die deutschnationale Presse, daß ich mit Spitzelorganisationen arbeite; natürlich haben die Kommunisten in dieselbe Kerbe gehauen.

Wir haben beschlossen gehabt, nur eine Polizeiaktion vorzunehmen; denn man konnte nicht ahnen, welche Mengen von Waffen sich noch unter der Bevölkerung befanden. Wir legten deshalb 3 Hundertschaften der Schupo in das Mansfelder Gebiet. (Zurufe auf der Linken: Das war eine Provokation.) Nun wird behauptet, ich hätte die Polizei zu schwach ausgerüstet. Obgleich nur jeder 3. Beamte eigentlich einen Karabiner haben soll, habe ich einem jeden eine Schußwaffe gegeben. (Zuruf links: Und Handgranaten!) Natürlich — oder dachten Sie, die Polizeibeamten würden mit Palmenwedeln kommen? (Stürmische Heiterkeit.) Wir glaubten, in einer Woche die Ruhe wiederherstellen zu können. Leider haben wir uns getäuscht. Als in Eisleben die Kommunisten das Kasernement der Schupo beschossen und diese das Feuer nicht erwiderten, hat mir und den Polizeibeamten dies die Rechte als Feigheit ausgelegt.

Ich habe mich immer und immer wieder gefragt:

Wie konnte die Bevölkerung in den Besitz von so viel Waffen kommen?

(Zurufe: Schiebung.) Wenn es nicht so viel unredliche Menschen gäbe, die Waffen und Munition listenweise aus den Magazinen verschaben hätten, wir hätten leichtere Arbeit zu Ostern gehabt. Die Herren von der Rechten sind in dieser Beziehung die Hauptschuldigen. (Lärm auf der Rechten. Die Glocke des Präsidenten ertönt wiederholt, die Ruhe eintritt.) Wer erlebt hat, daß auf dem Magdeburger Bahnhof täglich Kisten mit Waffen und Munition, die an Gutsbesitzer adressiert waren, beschlagnahmt wurden, dem sind die Augen aufgegangen. Sie, meine Herren von der Rechten, sind am wenigsten dazu berufen, über das Vergehen der Regierung zu urteilen. (Unruhe rechts.)

Nun ist die Aktion glatt vor sich gegangen. Dann kam aber plötzlich der Angriff der Rechten gegen mich. Und mir haben selbst erfahrene Militärs gesagt, daß selten eine Aktion mit solcher Schnelligkeit durchgeführt worden ist. Wäre ich ein deutschnationaler Oberpräsident, dann wäre ich in Ihren Augen heute der vornehmste und gesteierste Mann. (Sturm auf der Rechten.) Daß es mir als Sozialisten gelungen ist, den Aufstand so schnell niederzuwerfen, können mir die Herren von der Rechten nie verzeihen.

Nur wer ein Blutbad sondergleichen veranlassen wollte, konnte den Befehl zur Einsetzung der Reichswehr geben. Ihre rechtsstehende Presse hat Ihnen gesagt: Haut gegen den Oberpräsidenten. (Zurufe von der Rechten: Das ist ja Unsinn.) Darnach haben Sie gehandelt. Ich konnte ohne die Reichswehr auskommen; aber ich bin Reichsminister Geßler dankbar dafür, daß er mir

die Reichswehr als Reserve

zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube jetzt mit gutem Herzen sagen zu können: Die Schlacht ist vorüber. Niemand bedauert es mehr als ich, daß diese Aktion notwendig wurde. Wer es heute so hinstellt, als ob die Schupo Greuel sondergleichen begangen hätte, der soll sich sagen lassen, daß die Beamten dreimal 24 Stunden im Feuer gestanden haben, ohne sich zu verteidigen. Und wer gesehen hat, wie die gefallenen Beamten mit ausgestochenen Augen auf der Landstraße gelegen haben, der wird verstehen, daß sie manchmal weitergegangen ist, als sie eigentlich durfte. (Sehr richtig!) Sie sind eben auch nur Menschen gewesen. Sie meine Herren von der Rechten sollten sich freuen, daß die Aktion so völlig gelungen ist. (Beifall bei den Mehrheitssozialisten.)

Die Bürgerliche Vereinigung schickt zur Abwehr gegen diesen Angriff des Oberpräsidenten den Abg. Dr. Stanze auf den Plan. Dr. Stanze häuft Beschuldigungen auf Beschuldigungen gegen Hörsing und wendet sich daneben noch gegen den Landrat Kasparek, in dessen Kreise er selbst heimisch ist. Er erklärt, daß in den Tagen des Aufruhrs in Sangerhausen jeder nicht kommunistisch denkende und fühlende Mann ständig in Gefahr geschwebt hat, von seinem Landrat verhaftet zu werden. Die Entente steht im Westen und die Polen stehen im Osten bereit, gegen uns loszuschlagen, und in diesem Augenblick wird in unverantwortlichster Weise der Aufstand entfesselt. (Sturm links.) Wir von der Bürgerlichen Vereinigung wollen keinen Klassenkampf, wir wollen die Versöhnung. (Bravo rechts.)

Abg. Bergemann (Mehrheitssoz.) knüpft an das Wort Klassenkampf an und wendet sich zur Unterstützung Hörsings gegen die Rechtsparteien: Meine Heren von der Volkspartei, Sie müssen sich endlich entscheiden, ob Sie gemeinsame Sache machen wollen mit einer Partei, deren Blatt sich aufs entschiedenste dagegen wehrt, daß ein süddeutscher Tischlergeselle (Severing) den obersten Posten in der Provinz bekleidet, oder Sie müssen lernen, die Sache von der Person zu unterscheiden, Sie meine Herren von der Rechten, sollten dem Herrn Oberpräsidenten dafür danken, daß er nicht die Reichswehr hat einmarschieren lassen und damit den Bürgerkrieg entfesselt hat. (Hörsing: Ich bin ja schon zufrieden, wenn sie nicht schimpfen!) Der Oberpräsident hat nicht nur Mitteldeutschland, er hat Deutschland gerettet, und dafür müssen wir alle ihm auf den Knien danken. (Beifall bei den Mehrheitssozialisten, Unruhe und Heiterkeit rechts.) Und Sie, meine Herren von der Linken, haben die Sache der Arbeiter unendlich geschädigt. Es geht ein Bogen von der äußersten Linken zur äußersten Rechten, und die Rede vom Nationalbolschewismus ist kein bloßes Märchen. Wir Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter der Erklärung, die vorhin mein Parteigenosse verlesen hat.

Landrat Kasparek (Unabh., Mitgl. des Provinziallandschusses.) (Allgemeines Ah! und allgemeine Heiterkeit begrüßen ihn beim Betreten der Tribüne.) In diesem wie im vorigen Jahr dasselbe Bild in diesem Haus, nur sind die Rollen vertauscht: voriges Jahr lehnten die Heren von der Rechten jegliche Verantwortung ab — und dieses Jahr ist es die äußerste Linke, die jegliche Schuld von sich abwälzt. Ich will mich hier vor allem wehren gegen die Angriffe, die die Abgg. Dr. Zehle und Dr. Stanze gegen mich gerichtet haben. Im ganzen Kreise Sangerhausen herrschte völlige Ruhe. (Widerspruch seitens des Abg. Dr. Stanze.) Von Plünderungen in meinem Kreise zu reden, und deshalb Schupo herbeizurufen, hielt ich für völlig überflüssig und übertrieben. (Heiterkeit.) Daß ich schon 8 Wochen vor Beginn des Aufruhrs gewußt haben soll, daß die Plünderungen in Sangerhausen eintreten würden, ist glatt erfunden. Die Kapp-Putschisten sind keine Idealisten gewesen, sie sind dieselben Verbrecher wie die Linksputschisten, die Sangerhausen geplündert haben. (Unruhe und Lärm rechts.) Die Herren von der Rechten wollen uns wenige Unabhängigen und Sozialdemokraten ja nur wieder von der Futtertrippe entfernen, damit sie selbst wie früher aus den Aemtern Kapital schlagen können.

Präsident Beims erteilt dem Redner einen

Ordnungsruf,

da mit diesem Vorwurf auch Mitglieder dieses Hauses gemeint sein können.

Redner fährt fort: Die Aufhebung des Belagerungszustandes kann ich Ihnen nicht dringend genug an das Herz legen, da nur dann die Ruhe in der Provinz wiederhergestellt sein wird.

Oberpräsident Hörsing ergreift nochmals das Wort und verteidigt sein Verhalten gegenüber Abg. Dr. Stanze. Ich habe sofort die Reichswehr um Hilfe für Sangerhausen angegangen; meine Schuld war es nicht, daß die Reichswehr kein Verständnis für die schwierige Lage Sangerhausens hatte.

Da es schon ½3 Uhr geworden ist, wird die Fortsetzung der Debatte auf ½5 Uhr nachmittags vertagt.

*

In der Nachmittagssitzung

werden außer den beiden so viel debattierten Anträgen noch eine Reihe — aber nicht alle — der auf der Tagesordnung stehenden Berichte des Haushaltsausschusses erledigt.

Abg. Bach (Unabh.) erhält das Wort zur Fortsetzung der Besprechung der Anträge der kommunistischen und unabhängigen Parteien. Der Redner wendet sich hauptsächlich gegen die Rechtsparteien und behauptet, bei dem Aufruhr wären Provokateure von rechts dabei gewesen. Wären die Rechtsparteien damals beim Kapp-Putsch ans Ruder gekommen, dann hätte es Hunderte von Toten mehr gegeben als beim jetzigen Aufruhr.

Abg. Selde (Deutsche Volksp.) hält das ganze vorgebrachte Tatsachenmaterial vom deutschnationalen Abgeordneten Stanze aufrecht. Wir haben trotz unserer Kritik das Vorgehen des Oberpräsidenten immer unterstützt. Wir lehnen auch den Rechtsputsch ab. — Damit ist die Besprechung der beiden Anträge erledigt und sie werden beide

abgelehnt.

Darauf erstatten die Abg. Bergemann (Soz.) und Lohmeyer (D. Vp.) Bericht über die Provinzialausschußvorlage betreffend Besoldungsordnung der Provinzialbeamten. Sie empfehlen die Annahme ohne Debatte. Es erfolgt ein Einspruch der Rechtsparteien hiergegen, in dem der Abg. Dr. Adler (Deutschnational) verlangt, daß bei der Satz in der Besoldungsordnung, worin dem Landeshauptmann ein Auto zur Verfügung gestellt werden soll, hinzugefügt werden soll: „Zu Dienstzwecken". Der Abg. Bergemann (Soz.) widerspricht dem Antrag, ebenso der Abg. Dr. Beims (Soz.). Darauf wird der Antrag Dr. Adlers abgelehnt. Die Ausschußvorlage wird angenommen, ebenso der Bericht des Haushaltsausschusses über die Provinzialausschußvorlage betreffend Richtlinien für die Anrechnung der Sachbezüge über die ebenfalls Abg. Bergemann referiert. Beim Haushaltsplan und dem Sonderhaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 beteiligen sich die Abgg. Bergemann, Thiele und Stolberg (Soz.), Drechsler (Komm.), Dickmann (Unabh.), Mähl (Deutschnat.), Lorenz (Zentr.), Schilling (Zentr.) sowie v. Wilmowski und Dr. Stanze (Deutschnat.) an der Besprechung. Sie bringen fast sämtlich Abänderungsvorschläge und beansprechen sie. Besonders wird der Antrag der USPD. besprochen, das Gehalt für Anstaltsgeistliche zu streichen, doch wird dieser Antrag abgelehnt. Darauf werden sämtliche Sonderhaushaltspläne im ganzen angenommen.

Hierauf spricht Abg. Bergemann (Soz.) über die Ausgaben des Haupthaushaltsplanes. Der Abg. Dr. Adler (Deutschnat.) wendet sich gegen den Antrag des Abg. Bergemann, dem Landeshauptmann zwei Autos zur Verfügung zu stellen. Hiergegen opponiert der Abg. Weber (Soz.) und der Abg. Krause (Dem.) Der Abg. Miller (Dem.) erklärt dann, daß das eine Auto vom Landeshauptmann selbst gefahren werde, das andere vom Chauffeur, was natürlich allgemeine Heiterkeit hervorruft. Nachdem der Abg. Beims noch für den Antrag gesprochen hatte, werden dem Landeshauptmann zwei Autos bewilligt.

Der Abg. Fuchs (Deutschnat.) referiert kurz über die Einnahmen, worauf der Haushaltsplan angenommen wird. Darauf wird die Sitzung vom Vizepräsidenten um ½8 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet Freitag früh 9 Uhr statt.

Der Haushaltsausschuß

hatte gestern Nachmittag über Nachbewilligungen für die städtische Grube Vereinigte Karl Ernst zu beschließen. Im Haushaltsplan für 1919 hat sich eine Ueberschreitung der Ausgaben um 793 117 Mark ergeben; sie ist veranlaßt durch die Steigerung der Löhne, der Materialpreise usw. Der Direktor der Grube gab nähere Erläuterungen. Die Gruben seien zum Teil stark abgewirtschaftet, besonders die Grube Frohe Zukunft. Die Betriebssicherheit erfordere große Summen, die man indes aus den laufenden Einnahmen bestritten hat. Aber der Absatz der städtischen Braunkohlengruben muß mehr gefördert werden als bisher. Wir haben schon jetzt mit einem Ueberfluß an Rohkohle zu rechnen. Es ist daher notwendig, daß die Stadt bei der Versorgung des Elektrizitätswerkes, der Gas- und Wasserwerke, soweit Braunkohle in Betracht kommt, zunächst die eigenen Kohlengruben berücksichtigt. Gegenwärtig ist der Zustand der, daß jene Werke Kohlen von anderen Gruben beziehen, während man in den städtischen Bergwerken Feierschichten einlegen muß. Besondere Beachtung ist der Landerwerbsfrage zuzuwenden. Es darf nicht immer neues Land hinzu erworben werden, solange tauschfähiges städtisches Gelände vorhanden ist. Die Brikettfabrikation und die Naßpreßsteinfabrikation soll weiter ausgebaut werden; Voraussetzung bleibt dafür jedoch, daß sowohl in der städtischen Verwaltung wie in der Bürgerschaft für genügenden Absatz gesorgt wird. Die Ueberschreitungen wurden bewilligt.

Für einen Gasbehälter waren 220 000 Mark bewilligt worden. Aber die Summe hat nicht ausgereicht, es haben 130 000 Mark mehr ausgegeben werden müssen. Das kam dahin, daß teils Mehrleistungen erforderlich waren teils Löhne und Materialpreise weit über die Sätze des Voranschlages stiegen. Die Summe wurde nachbewilligt.

Auch beim Hospital ergibt sich eine Mehrausgabe von 70 000 Mark, die sich durch Mehreinnahmen von 9000 Mark nur auf 61 000 Mark vermindert. Die Hälfte des Fehlbetrages soll aus Landerwerbsmitteln, der Rest aus der Kämmereikasse Kapitel 24 gedeckt werden. Verteuerung der Brennstoffe, des Wassers und der Beköstigung haben die Mehrausgabe veranlaßt; bei der Beköstigung allein mußten 38 000 Mark mehr ausgegeben werden. In der Aussprache wurde bedauert, daß das Hospital sich nicht selbst erhalten könne. Man warf die Frage auf, ob die Aufnahmesätze nicht erhöht werden könnten. Der Magistrat machte jedoch geltend, daß eine weitere Erhöhung der Aufnahmesätze nicht angängig sei. Im übrigen hätten die Finanzverhältnisse der Stiftung sich wesentlich gebessert. Höhere Pachterträgnisse, höhere Einlaufsätze und Bereitstellung der Lebensmittel lassen die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß sich in diesem Jahre kein oder nur ein sehr geringer Fehlbetrag ergibt. Es wurde noch bemerkt, daß die Freistellen nicht zu weit ausgedehnt werden möchten. Wenn die Kaufstellen nicht alle vollbesetzt seien, sollen nach Möglichkeit Halbstellen geschaffen werden.

Für die Entwässerungsanlage im städtischen Grundstück Magdeburger Straße 5 bewilligte man 5500 Mark. — Als Aufenthaltsraum für die Arbeiter auf dem Südfriedhof hat man eine Baracke angekauft und 89 000 Mark für die Aufstellung aufgewendet. Die Stadtverordneten werden jetzt um Zustimmung ersucht. Im Ausschuß sprach man die bestimmte Erwartung aus, daß solche Vorlagen der Versammlung vor der Ausführung zugänglich gemacht werden müssen; es könne sonst geschehen, daß künftig die Zustimmung versagt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210415027/fragment/page=0001

Für das Stadtgesundheitsamt waren zur Einrichtung einer Anlage für Höhensonne 2100 Mark bewilligt. Die Anlage erfordert aber 5412 Mark mehr. Im Ausschuß bemängelte man es, daß von vornherein ein zu geringer Betrag eingesetzt sei. Die Anlage sei ja jetzt noch nicht einmal komplett. Das lieferndes Werk habe übrigens kulant gehandelt. Man stimmte der Forderung zu.

Für das Alters- und Pflegeheim, für dessen elektrische Beleuchtung 10 000 Mark bewilligt waren, wurden 5835 Mark nachbewilligt, für die elektrische Beleuchtungsanlage der städtischen Gebäude zu den bereits genehmigten 24 700 Mark noch 13 266 Mark. Auch hier wurde es beanstandet, daß die betreffenden Dienststellen über den Rahmen des genehmigten Projektes hinausgegangen seien; künftig werde Ablehnung erfolgen.

Für Anstrich der Fenster, Türen, Holzkonstruktionen usw. in städtischen Gebäuden bewilligte man vorschußweise auf den neuen Etat 164 900 Mark. Dabei sprach der Ausschuß den Wunsch aus, daß der neue Etat möglichst bald vorgelegt werden solle.

Die neue Grundsteuerordnung ist von der Regierung in einzelnen unwesentlichen Bestimmungen nicht genehmigt worden; es sind kleinere Abänderungen nötig. Es wurde beschlossen, daß alle in einer gewissen Zone liegenden unbebauten Grundstücke doppelt so hohe Steuer wie die außerhalb dieser Zone belegenen Grundstücke zahlen sollen, vorausgesetzt, daß diese nicht den doppelten Preis des üblichen Ackerlandpreises erheischen. Damit will man Spekulationskäufe treffen.

Schließlich befaßte man sich noch mit der Besteuerung der Pferderennen. Im Rahmen der Lustbarkeitssteuerordnung ist die Besteuerung ausgeschlossen, doch will man eine Kartensteuer einführen von 25 Pfg. bis 6 Mark je nach dem Eintrittsgeld. Da ein Fünftel des Geländes auf Passendorfer Flur liegt, soll die Gemeinde Passendorf von dem Ertrage einen Anteil erhalten, der vertraglich auf ein Achtel des Gesamtbetrages festgesetzt wird. Der Vertrag gilt auf fünf Jahre.

Vollversammlung der Handwerkskammer.

Unter Leitung ihres Vorsitzenden, Malermeisters Biecker, begann gestern nachmittag die Vollversammlung der Handwerkskammer. Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung, insbesondere den Staatskommissar Listemann als Vertreter der Regierung und den Stadtrat Pfautsch, der den Magistrat vertrat. Er wies hin auf die jüngsten Unruhen und sprach die Hoffnung aus, daß es unserer tapferen Sicherheitspolizei gelingen werde, auch der hier und da noch immer auftauchenden Banden Herr zu werden. Er versicherte, daß das Handwerk seine Pflicht tun werde zum Wohle des Standes und des Vaterlandes.

Nachdem Staatskommissar Listemann und Stadtrat Pfautsch die Grüße ihrer Behörden überbracht hatten, wies der Vorsitzende darauf hin, daß seit 1915 keine Neuwahlen zur Kammer stattgefunden haben, daß die Kammer bei manchem Handwerker noch immer auf Gleichgültigkeit oder gar Mißtrauen stoße, dem man durch Aufklärung und Belehrung über ihren Zweck und ihre Notwendigkeit begegnen müsse.

Syndikus Voigt gab Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, die hauptsächlich wirtschaftliche Maßnahmen betraf. Wegen Errichtung von Heimstätten ist man mit der Siedlungsgesellschaft in Unterhandlung getreten. Gegen die Arbeitslosigkeit im Handwerkerstande hat man Schritte unternommen, ebenso gegen die Uebernahme von selbständigen Handwerksarbeiten der Gesellen über den Achtstundentag hinaus, ferner gegen die Einrichtung von Handwerksstellen in Fabrikbetrieben, die Lieferung von handwerklichen Fertigwaren an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, das Ueberhandnehmen der Wandergewerbebetriebe, das allzu scharfe Vorgehen mancher Revisoren in Müllereien, das Pfuschertum auf dem Gebiete der Elektrotechnik, die Altordarbeit an Holzverarbeitungsmaschinen, gegen die Forderung, daß die kleinen Postämter zu Lohnungen eingerichtet werden und gegen die vielen Sondergerichte, welche die Einheitlichkeit in der Rechtsprechung gefährden. In der Warenpreisfestsetzung haben sich die Sachverständigenkommissionen bisher bewährt als die Preisprüfungsstellen, und sind deshalb gefördert worden. Die Einrichtung von Steuerberatungsstellen kann erst dann befürwortet werden, wenn die Steuergesetzgebung abgeschlossen ist. In 24 Buchführungskursen sind 727 Teilnehmer unterrichtet worden.

Ueber Festsetzung von Richtlinien betreffend Entschädigung an Handwerkslehrlinge referiert der Vorsitzende. Er kommt zu dem Ergebnis, daß solche Richtlinien nur ganz allgemeiner Natur sein können und die besonderen Bestimmungen den Innungen und den einzelnen Meistern überlassen bleiben müßten. Im allgemeinen könne festgesetzt werden, daß solche Lehrlinge, die bei ihrem Meister freie Station haben, nicht auch noch Entschädigung in bar erhalten könnten, und daß bei denen, die sich selbst beköstigen, die Entschädigung sich auch richten müsse nach der Leistungsfähigkeit, nach der körperlichen Kraft und handwerksmäßigen Geschicklichkeit. Referent riet den Meistern, die Regelung dieser Angelegenheit zu bequemen, da sonst zu befürchten sei, daß die Gewerkschaften ihrerseits die Sache in die Hand nehmen würden.

Die Versammlung beschloß nach eingehender Debatte, die Einschreibegebühr für Lehrlinge und Hausbedarfslehrmädchen auf 6, die Prüfungsgebühr für Handwerkslehrlinge auf 15, für Prüflinge, die ihre Lehrzeit in einem der Handwerkskammer nicht unterstehenden Betriebe beenden, auf 30, für Meisterprüfungen die Gebühr im Maurer-, Zimmerer-, Steinmetz- und Schornsteinfegerhandwerk auf je 75 und in allen anderen Handwerken auf je 50 Mark zu erhöhen. Zu diesen Gebühren wird bis auf weiteres ein Teuerungszuschlag von 50 v. H. erhoben.

Die Versammlung beschloß, die Tagungsgelder für Kammer- und Ausschußmitglieder auf 40 Mark und für Uebernachtung auf 20 Mark zu erhöhen.

Hierauf hielt der Syndikus einen Vortrag über die Stellungnahme der Kammer zum Vorschlag der Sozialisierungskommission für ein

Kommunalisierungsgesetz.

Er schilderte die Nachteile der Kommunalisierung für den Einzelnen und die Kommune und ihre Gerichtsbarkeit hinsichtlich der Sicherstellung der Volksernährung. Mit der Verordnung selbständiger Betriebe wird nicht nur der Unternehmerwagemut und die Sorge des Einzelnen für Aufgesetzmachung und Förderung seines Betriebes ausgeschaltet, sondern auch alle Hilfskräfte, die der private Gewerbetreibende in seinen Angehörigen besitzt. Diese Hilfskräfte, die im Privatbetriebe ohne Lohn tätig sind, müssen im kommunalisierten Betrieb neuer bezahlt werden. Hinzu kommen die vielen Kontrollbeamten, Buchhalter und sonstigen Angestellten, die in den Kleinbetrieben gespart werden. Dazu kommt es denn auch, das wie zahlreiche Beispiele beweisen, die kommunalisierten Betriebe fast sämtlich mit ganz erheblicher Unterbilanz arbeiten. Auch linksstehende Wirtschaftspolitiker, wie Dr. Müller, warnen deswegen eindringlich davor, in unserer dauerdiesigen Wirtschaft jetzt Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente vorzunehmen. Die Kommunalisierungsbestrebungen müssen nach allen bisher damit gemachten Erfahrungen ganz entschieden abgelehnt werden.

Die Versammlung nahm im Anschluß an die Ausführungen des Syndikus einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Vollversammlung der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg erhebt gegen den Vorschlag der Sozialisierungskommission vom 24. 4. 20 für ein Kommunalisierungsgesetz schärfsten Protest, da in dem Vorschlag eine schwere Existenzgefahr für das Handwerk erblickt wird. Sie richtet an die bürgerlichen Parteien des Reichstages das dringende Ersuchen, sich gegen jede Kommunalisierung handwerkerlicher Betriebe auszusprechen, damit unter allen Umständen der gewerbliche Mittelstand im Sinne des Artikels 164 der Reichsverfassung gegen Ueberlastung und Aufsaugung auch tatsächlich geschützt wird."

Nach der Wahl der ständigen Ausschüsse und Bildung eines Bauausschusses wurde den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, Sonderwünsche vorzubringen, worauf die Versammlung bis auf Freitag früh 9 Uhr vertagt wurde.

Außerordentliches Gericht.

Halle, den 14. April.

Weiter standen gestern drei Teutschenthaler — der 45jährige Arbeiter Hermann Bönecke, dessen 17jähriger Sohn Hermann und der Arbeiter Otto Brauer vor dem Sondergericht, weil Bönecke Vater und Sohn am 1. Ostertag im Dienste der „Roten Armee" am „Wurdenhof" Posten gestanden, Brauer roten Banditen als Führer gedient haben soll. Sie behaupten, zu diesen Leistungen gezwungen zu sein. Als Wache soll Bönecke senior bei dem Postenstehen ein nicht geladenes Luftgewehr benutzt haben und Bönecke junior hat der Rad die Verbindung zwischen „Würdenhof" und Posten hergestellt. „Hätte ich eine Ahnung davon gehabt, daß das Postenstehen mit Luftgewehr schon strafbar sei, hätte ich es nicht getan. Man wird einfach geholt, wenn man nicht sofort mitmacht", entschuldigte Bönecke junior sein Mitlun. Brauer war von den Insassen eines Autos gezwungen worden, ihnen den Weg zu zeigen, will sich aber sonst der ganzen Bewegung ferngehalten haben. Gegen ihn beantragte der Staatsanwalt zeitlich die Freisprechung; er wurde auch freigesprochen; Bönecke senior dagegen auf ein Jahr ins Zuchthaus, Bönecke junior auf 4 Monate ins Gefängnis geschickt.

Sachlich stand vor dem Gericht noch Robert Schmidt aus Langenbogen. Am Ostersonnabend früh von 4 Bewaffneten zum Verlassen der Arbeitshütte gezwungen, will er am Ostersonntage aus seiner Wohnung durch einen Bewaffneten abgeholt und auf einem Auto einer Kolonne zugeteilt worden sein, die dann die Straßen freiballen mußte. Diese Sache wurde vertagt, um Zeugen zu laden.

Friedenseichen-Gedenkfeier.

Auf der Türkelwiese unserer Stadt fand vor 50 Jahren eine Friedensfeier statt, die mit der Pflanzung von drei Friedenseichen verbunden war.

Mancher hallische Bürger und manche Mitbürgerin wird diese Feier in guter Erinnerung behalten haben, denn es waren daran die oberen Klassen aller Knaben- und Mädchenschulen beteiligt und die Worte des Festredners, Dr. Otto Ule, waren besonders an die Jugend gerichtet. Die Veranstalter jener Feier waren die im Hallischen Sängerbunde und in der Hallischen Turnerschaft zusammengeschlossenen Vereine, sowie die Schützengesellschaften unserer Stadt, die später auch einen Denkstein von Granit errichten ließen, der heute noch mit den prächtig gediehenen Eichen zusammen einen Schmuck der Türkelwiese bildet.

Die jetzt beteiligten Vereine haben sich wieder zur Veranstaltung einer Gedenkfeier zusammengefunden, die am Sonntag, den 17. April, vorm. 10 Uhr im Garten des Pfälzer Schießgrabens stattfinden soll. Die Feier wird besonders in Ansprachen und Chorgesängen bestehen. Die Gedächtnisrede hat Herr Geheimrat Prof. Voretzsch übernommen. Es ergeht an die in unserer Stadt lebenden Kriegsteilnehmern von 70/71 die Einladung, an dieser Feier teilzunehmen; sie haben bei Anlegung der Kriegsdenkmünze freien Zutritt. Weitere Teilnehmer sind ebenfalls willkommen, der von ihnen zu zahlende Festbeitrag von 1 Mark wird einem wohltätigen Zwecke zugeführt.

Die Einheitsstenographie.

Im Reichsministerium des Innern hat, wie schon kurz mitgeteilt, am Sonnabend unter Leitung des Staatssekretärs Schulz eine Sitzung von Vertretern aller größeren Kurzschriftsysteme über die Schaffung einer Einheitskurzschrift beraten. Die Vorarbeiten in dieser Angelegenheit reichen weit zurück und sind des öfteren durch längere Pausen, besonders während der Kriegszeit, unterbrochen worden. Schließlich war vor mehreren Jahren ein Oberausschuß eingesetzt worden, der über die von einem 23er-Ausschuß vorgeschlagenen Entwürfe entscheiden sollte. Die Zuständigkeit dieses Oberausschusses ist aber in stenographischen Kreisen vielfach bestritten worden, weil in ihm nur die zwei größten Schulen, und auch diese nicht gleichmäßig vertreten seien. Das Reichsministerium des Innern hat es deshalb für zweckmäßig gehalten, ohne damit den früheren Oberausschuß außer Kraft zu setzen, zunächst erst wieder eine Sitzung von Vertretern aller bekannteren Kurzschriftschulen einzuberufen, um damit den Stenographen selber noch einmal die Möglichkeit zu geben, auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung und durch gemeinsame Arbeit eine Einheitskurzschrift zu schaffen.

Der Verlauf der Beratung ergab ein einmütiges Bekenntnis aller Teilnehmer zum Gedanken der Einheitskurzschrift. Da aber anderseits eine sofortige Einigung auf ein bestehendes System für unmöglich erklärt wurde, einigte man sich dahin, einen aus je einem Vertreter der 11 größeren Kurzschriftschulen zusammenzusetzenden engeren Fachausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, die sachlichen Voraussetzungen und Grundlagen für ein System einer Einheitskurzschrift zu schaffen. Gegen einen solchen Ausschuß wurden zwar von zwei Schulen, einer größeren und einer kleineren, Bedenken erhoben, da er nach ihrer Auffassung keine Ergebnisse zeitigen werde; werde er aber eingesetzt, so seien sie zur Mitarbeit bereit.

Die arbeitsfreudige und versöhnliche Stimmung der Konferenz läßt, so wird dazu mit vorsichtigem Optimismus offiziös geschrieben, die Hoffnung nicht unberechtigt erscheinen, daß nunmehr das wertvolle Ziel einer Einheitskurzschrift und damit auch die Verallgemeinerung der Stenographie durch Aufnahme in den Schulunterricht in den Gesichtskreis des Möglichen getreten ist.

Im Städtischen Schulmuseum (Neue Promenade 13) sind während der Osterferien wesentliche Veränderungen vorgenommen. Schon der Vorraum hat ein anderes Gesicht erhalten; Anschauungsbilder, die den Menschen in seiner Tagesarbeit auf dem Felde und in der Werkstatt zeigen, bedecken die langen Wände. Im „Heimatssaal" ist dem Schulleben unserer Stadt nach wie vor ein besonderer Teil gewidmet, wenngleich auch hier Veränderungen zu spüren sind. Der Vorgeschichte unserer Heimat dient neuerdings eine Abteilung, in der wertvolle Beigaben des Provinzialmuseums zur Aufstellung gelangten. In die Gegenwart des Alltags versetzt uns die Nachbargruppe, die uns verstehen hilft, wie aus dem Typenkasten des Schriftsetzers die Druckseiten eines Buches und einer Tageszeitung zusammengebaut werden. Wer sich vertraut machen will mit dem Tierleben der Heimat, ihren Bodenschätzen und deren Verarbeitung, mit dem Kleinvolk, das Wald, Wiese und Wasser bewohnt, der findet in den übrigen Gruppen des Saales dazu reichlich Gelegenheit. Im neueröffneten Nebenraum ist alles das, was das Kind in der Schule täglich als Handwerkszeug braucht, in Entstehungsgängen dargestellt, von der Schiefertafel und dem Schwamm des Schulneulings an bis zum Zeichenblock und Reißbrett des Fortgeschrittenen. Die eben in einem hallischen Schulverlag erschienene Fibel „Fröhliche Arbeit" ist mit sämtlichen Originalbildern vertreten, und eine übersichtliche Zusammenstellung macht uns damit bekannt, wie die Vierfarbendrucke der Fibel entstehen. Am Ende unserer Wanderung stehen wir vor dem wirklichkeitstreuen Modell eines Feldlazaretts, das aus den geschickten Händen eines Verwundeten in einem hallischen Krankenhause hervorgegangen ist. Geöffnet ist das Museum vorläufig jeden Mittwoch und Freitag nachmittag von 4 bis 6 Uhr unentgeltlich. Jedoch können Kinder von nun an nur in Begleitung Erwachsener zugelassen werden. Schulklassen und Vereine werden um ihre Anmeldung bei der Museumsleitung gebeten. L.

Verband der Vereine für Halle a. S. und Umgebung e. V. (früher Verband der Theater- und Gesell.-Vereine). Die nächste Voll-Versammlung wird am Montag, den 18. d. Mts., pünktlich abends 8 Uhr im großen Saale des „Mars la Tour", Gr. Ulrichstraße 10, abgehalten. Tagesordnung erscheint diese Woche in der Allgemeinen Vereins-Zeitung. Mitglieder-Vereine haben unbedingt 2 Delegierte zu entsenden. Alle Vereine und dergleichen, welche dem Verbande als Mitglied noch nicht angehören, sind als Gäste willkommen und ist eine zahlreiche Beteiligung erwünscht. Zu diesem Zwecke wird auch ein ausführliches Referat über Ziele und Zwecke des Verbandes gegeben. Auch über verbotene Musik wird berichtet. Am gleichen Montage findet pünktlich abends 7 Uhr im Geschäftszimmer des Verbandes (ebenfalls im „Mars la Tour") eine Besprechung der theatralischen Vereine statt; diese werden gebeten, hierzu einige bevollmächtigte Vertreter zu entsenden. Die Besprechung dient u. a. der Austragung eines Wanderpreises.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Schuleraufführung: „Die Karlsschüler".

Zum Besten des Ruderklubs am Stadtgymnasium wurde am Mittwoch abend im Thalia-Theater Laubes Schauspiel „Die Karlsschüler" von Schülern der Anstalt und ihnen nahestehenden Herren und Damen aufgeführt. Mit jugendlichem Feuer und ehrlicher Begeisterung stellten die Darsteller ihre Aufgabe an, so daß das gut einstudierte Werk wie aus einem Guß vor den Zuschauern erstand. Ernst Günther Zell fesselte durch die Glut seines Temperaments und seine nicht ungewöhnliche Sprach- und Sprechtechnik, welche letztere allerdings nur dem Laubeschen Schüler eignet, da doch der wirkliche Karl geschwätzig und teilnehmslos gut vorgetragen hat. Die demokratisch gesinnten hohen Beschützerinnen des jungen Sturmers wurden von den Damen Lieselotte Wittmzig und Annaliese Augustin mit herzlicher Anteilnahme gegeben; besonders in der Auseinandersetzungsszene zwischen Franzista und Herzog Karl, der einzigen des Stückes, in der unverfälschte Menschlichkeit geschildert ist, hörte man von ihr Töne echter Ergriffenheit. Die leicht entflammte Laura fand in Vera Mahlendorff eine beglückte und beglückende Vertreterin. Den von allen Vorurteilen feiner Zeit umnebelten Herzog Karl, dessen tyrannische Anwandlungen durch Charakterlosigkeit und einen Zug von Gutmütigkeit gemildert werden, gab Dr. Kurt Jauch mit kluger Verwendung der in der Rolle steckenden Wirkungsmöglichkeiten. Auch die übrigen Rollen waren in guten Händen. Es seien noch erwähnt Ernst Nicolas als lakonischer Diener, Max Schwertzik als Silberkalb und von den Kommilitonen Schillers Dr. Alfred Boening als Spiegelberg. Bei aller Achtung vor den Leistungen muß doch darauf hingewiesen werden, daß eine Dämpfung des Tones, des Feuers, der überschwenglichen Begeisterung die Wirkung sicherlich erhöhen würde. Laube hat Schiller überschillert, er hat das strahlende Pathos des Dichters in Festartikelsprachseelogie umgebogen; die er Umstand läßt es ratsam erscheinen, sich bei der Darstellung etwas Reserve aufzuerlegen, den Badoisen, wie der Fläminger sagt, sich vorzumachen zu lassen. Das klinische Orchester brachte als Einleitungsmusik den Krönungsmarsch und in den Zwischenakten kleine klassische Stücke aus der Zeit Schillers. Es ist zu wünschen, daß die Wiederholung der Aufführung am 24. April recht gut besucht wird. A. Ka.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Marianna Knauer, Schwoitsch — Otto Kaul, Rittergut Kaltenborn bei Riesledt.

Geboren: Kaufmann Alfred Kirchhoff, Berlin (55 J.). Frl. Helene Zeh, Halle (87 J.). Kaufmann Johannes Poetsch, Halle (60 J.). Bauspängler Fritz Baumann, Neu-Rössen (19 J.). Frau verw. Celestine Pastrat Agnes Kirchner geb. Blüthgen, Halle (66 J.). Frau Pauline Grabhoff geb. Schmidt, Glebitzsch (78 J.)

Kunst und Wissenschaft.

K. **Von der Goethe-Gesellschaft.** Wie uns aus Weimar gemeldet wird, findet die diesjährige Hauptversammlung der deutschen Goethe-Gesellschaft wiederum am Sonnabend nach dem Pfingstfest (21. Mai) im Saale der „Armbrust" zu Weimar statt. Als Festtext bietet am 20. April das Deutsche Nationaltheater eine Aufführung von Goethes Lustspiel „Die Mitschuldiger" sowie als Deutsche Uraufführung das Schauspiel in einem Akt „Erwin und Elmire" von Goethe. Das musikalische Vor- und Zwischenspiel sowie Gesänge sind von Othmar Schreck komponiert. — Die Hauptversammlung wird wiederum aus einem öffentlichen (ersten) und einem geschäftlichen geschlossenen Teil bestehen. Der öffentliche Akt wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden Exz. Dr. Bürklin an Stelle des kürzlich heimgegangenen Ersten Vorsitzenden Staatsministers a. D. Dr. von Rheinbaben, Exz., eröffnet werden. Die übliche Begrüßungsansprache dürfte zu einer Würdigung und Trauerkundgebung für den Entschlafenen werden. Alsdann wird Prof. J. Petersen, Berlin-Grunewald, über „Schiller und das Weimarer Theater" sprechen. In dem sich anschließenden geschäftlichen Teil wird der Jahresbericht erstattet und die Jahresrechnung gelegt werden. Ein vom Vorstand gestellter Antrag bezweckt die weitere Erhöhung der Mitgliederbeiträge, welche wohl hauptsächlich mit den erhöhten Kosten für das „Jahrbuch" begründet wird.

K. **Die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft** wird, wie uns aus Weimar geschrieben wird, am 23. April ihre diesjährige Hauptversammlung in der „Erholung" in einfachen Formen abhalten. Am Vorabend wird Hans Rothe-Leipzig im „Künstlerheim" Proben seiner Shakespeare-Uebersetzung vorlesen. Die Festrede in der Hauptversammlung hält Geh. Hofrat Dr. Max Förster-Leipzig über „Shakespeare und Deutschland". Am Abend wird im Deutschen Nationaltheater eine Aufführung von „Was Ihr wollt" stattfinden.

Einstein als Ehrenbürger von New York abgelehnt. Die Stadt New York beabsichtigte Prof. Albert Einstein, der eben dort eingetroffen ist, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Eine Auszeichnung, die viele tausend Besucher der Stadt in letzter Zeit erhalten haben, z. B. Foch. Die Verleihung scheiterte aber an dem Widerspruch des Stadtrates Bruce M. Falconer, der dem „New York Herald" zufolge in der Sitzung der Stadtväter erklärte, er habe nie etwas von der Realitätstheorie gehört und damit den Vorschlag, zu dem Einstimmigkeit gehört, zu Fall brachte. Er erklärte, sein Schritt habe mit religiösen Gründen nichts zu tun, aber einige Mitglieder bestanden darauf, sein Standpunkt sei antisemitisch und sie würden das bei der nächsten Wahl in seinem Bezirk geltend machen. Falconer entgegnete, diese Auszeichnung würde überhaupt zu häufig verliehen, und er habe sie auch für den Erzbischof Mannig abgelehnt. Prof. Einstein hat mit den ihm zugedachten Ehrungen in der anglo-amerikanischen Welt kein rechtes Glück; vor etwa zwei Jahren wollte ihm die britische Royal Society ihre goldene Medaille verleihen; dieser Plan scheiterte aber an dem Widerspruch einzelner schroff nationalistisch gesinnter Mitglieder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210415027/fragment/page=0002